

Medienmitteilung vom 29. September 2017

## **Verbände unterstützen Boris Tschirky einhellig**

**Sämtliche Wirtschaftsverbände und der Hauseigentümerverband der Stadt St. Gallen empfehlen Boris Tschirky zur Wahl in den Stadtrat: Mit seiner Vision «eine starke Wirtschaft und eine starke Stadt» steht er für eine bürgernahe, gewerbe- und wirtschaftsfreundliche Politik, die den Standort Stadt St. Gallen stärkt.**

Die Wirtschaftsverbände haben im ersten Wahlgang bewusst keine Wahlempfehlungen abgegeben. Im zweiten Wahlgang unterstützen Hauseigentümerverband (HEV) der Stadt St. Gallen, Gewerbe Stadt St. Gallen, Pro City St. Gallen, Wirtschaft Region St. Gallen (WISG) sowie die Wirtschaft St. Gallen-Ost (WSGO) und der Gewerbe- und Industrieverein Winkeln (IVW) nun einhellig Boris Tschirky für die Wahl in den Stadtrat.

Boris Tschirky hat in seinen bisherigen beruflichen und politischen Funktionen bereits sehr viel zur Stärkung des Wirtschafts- und Wohnortstandorts Stadt St. Gallen beigetragen, insbesondere bei der Wirtschaftsförderung des Kantons St. Gallen und als Tourismusedirektor sowie als (früherer) Stadtparlamentarier. Seine Ziele für die Stadt St. Gallen dienen Wirtschaft und Bevölkerung. Er steht ein für wirksame Standortförderung, leistungsfähige Infrastrukturen und nachhaltige Innovationen. Er will sich explizit dafür einsetzen, dass Innovation gefördert, Bürokratie abgebaut, der Gebührenkatalog für KMU überprüft, die Verschuldung abgebaut und Ausgaben kritisch hinterfragt werden. Ausserdem bekennt er sich zum Ziel einer Steuersenkung, was einem langjährigen Anliegen von Wirtschaft und Hauseigentümern entspricht.

Schliesslich bringt Boris Tschirky grosse Führungserfahrung aus Institutionen der öffentlichen Hand mit, so dass er im Stadtratsgremium vom Start weg aktiv gestaltend mitarbeiten und in der Verwaltung effizient führen kann. Die Verbände fordern ihre Mitglieder und die bürgerlichen Kräfte auf, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass mit der Wahl von Boris Tschirky ein zweiter profiliert bürgerlicher Stadtratssitz erhalten bleibt.